

Sebastian M. Büttner

Auf Karl Polanyis Spuren

Anmerkungen zu Wolfgang Streecks Krisendiagnose

Im Jahr 1944, mitten in den Wirren des Zweiten Weltkriegs, veröffentlichte Karl Polanyi sein großes, monumentales Werk »The Great Transformation«, in dem er den Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts und die anschließenden sozialen Verwerfungen retrospektiv zu erklären versuchte (vgl. Polanyi 1995 [1944]). Polanyi greift in seinen Analysen weit zurück. Genauer gesagt, bis an die Anfänge der Industrialisierung in Großbritannien im 18. Jahrhundert. Und er rekonstruiert die geistigen Transformationen dieser Zeit von der praktischen Philosophie der schottischen Moralphilosophen hin zur Ideologie des Wirtschaftsliberalismus – einem Denken, das den Menschen und alles Gesellschaftliche den Mechanismen der Marktwirtschaft unterordnet und dessen gesellschaftliche Entwicklungsvisionen und Heilsversprechen einzig und allein auf die vollständige Durchsetzung von Marktkräften ausgerichtet sind. Polanyis Buch ist somit mehr als eine historische Rekonstruktion des Aufstiegs und des Scheiterns der ersten Phase der Industrialisierung. Es ist vielmehr eine radikale Abrechnung mit den Ideen und den verheerenden sozialen Auswirkungen des Wirtschaftsliberalismus. Es ist darüber hinaus der Versuch, dem Wirtschaftsliberalismus eine alternative und auch lebensnähere Sicht des Wirtschaftslebens gegenüber zu stellen und den Markt durch den Hinweis auf die sozialen Grundlagen des Wirtschaftens wieder zurück in die Gesellschaft zu holen. Und es ist auch der Vorschlag einer Gesellschaftstheorie, die im Ringen zwischen marktschaffenden Kräften und deren Gegenbewegung die grundlegende Entwicklungsdynamik moderner kapitalistisch geprägter Gesellschaften erkennt.

Das Anfang 2013 erschienene Werk »Gekaufte Zeit« von Wolfgang Streeck, das aus den Frankfurter Adorno-Vorlesungen im Frühjahr 2012 und aus den vielen Veröffentlichungen Streecks zur aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise hervorging, setzt nicht ganz so grundlegend sozial- und gesellschaftstheoretisch an wie Polanyis »Great Transformation«. Auch ist es nicht aus der Distanz geschrieben wie Polanyis Hauptwerk, sondern mitten aus dem aktuellen Zeitgeschehen heraus und unter dem Eindruck täglich neuer Hiobsbotschaften über den aktuellen Stand der »Euro-Rettung« und der weltweiten Wirtschaftsentwicklung. Es ist dennoch ein Buch, das ganz eindeutig in der Tradition von Polanyis historischer politik-ökonomischer Soziologie steht. Denn Streecks »Gekaufte Zeit« ist auch als eine Auseinandersetzung mit der »Tragödie« der modernen Marktgesellschaft und als eine grundlegende Kritik einseitig wirtschaftsliberaler Entwicklungsvorstellungen zu verstehen. Und Streeck geht es, ähnlich wie Polanyi in seiner Analyse des Zusammenbruchs des Gleichgewichts der Großmächte des Goldstandards im langen 19. Jahrhundert, um ein historisches Verständnis der »Finanz- und Fiskalkrise des demokratischen Kapitalismus der Gegenwart« (9) und jener Entwicklungen und

Weichenstellungen, die zur Zuspitzung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise geführt haben. Streeck argumentiert demnach dezidiert verlauforientiert, d.h., er begreift die gegenwärtige Krise des demokratischen Kapitalismus nicht als ein »freistehendes Unikat in einem feststehenden Eigenschafts- und Möglichkeitsraum« (12) bzw. als ein »zufälliges Ereignis«, sondern als Ergebnis einer längeren Entwicklungssequenz. Der Faktor Zeit hat bei Streeck wie bei Polanyi also eine entscheidende heuristische Funktion: »Alles Soziale spielt sich in der Zeit ab, entfaltet sich mit der Zeit und wird in und mit ihr sich selber ähnlicher. Was wir heute sehen, können wir nur verstehen, wenn wir wissen, wie es gestern ausgesehen hat und auf welchem Weg es sich befindet.« (12)

Die These der vertagten Krise des demokratischen Kapitalismus

Streeck ordnet sein spezielles Erkenntnisinteresse und die Fragestellung seines Buches zeitlich und räumlich genau ein. Es geht ihm nicht um ein Verständnis der Krise des Kapitalismus bzw. der Weltwirtschaft schlechthin, sondern ganz speziell um die Krise des Kapitalismus »im Kontext der reichen Demokratien der westlichen Welt« (12). Und er beginnt seine historische Analyse zeitlich dort, wo Polanyis Werk endet: nämlich bei der Etablierung der Wirtschaftsordnung der Nachkriegsgesellschaft, der Neugründung von Kapitalismus und liberaler Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Fundament von Bretton-Woods und auf den Grundpfeilern eines nationalstaatlich eingehetzten Wohlfahrtskapitalismus. Diese gewissermaßen »sozialdemokratisch« befriedete kapitalistische Nachkriegsordnung sieht Streeck spätestens Anfang der 1970er-Jahre mit dem Offenbarwerden der Krise des Industriekapitalismus, der Abschaffung des Bretton-Woods-Systems und der Einführung flexibler Wechselkurse sowie mit der allmählichen Ablösung einer überwiegend keynesianistisch geprägten Wirtschaftspolitik durch marktliberales Denken (Streeck verwendet hier zumeist das Adjektiv »neoliberal«) als prekär an. Und alle Entwicklungen, die zur Zuspitzung der Bankenkrise im Jahr 2007 und zur gegenwärtigen Fiskalkrise geführt haben – die Zunahme von Haushaltsdefiziten, die zunehmende Schuldenfinanzierung der Staatstätigkeit, die Welle der Konsolidierung der Staatsfinanzen seit den 1990er-Jahren, die Deregulierung der Finanzmärkte als Teil einer größeren Welle der Privatisierung von Staatsaufgaben, die massive Ausweitung privater Verschuldung und Finanzialisierung von Krediten –, hätten, so Streeck, ihren Ursprung in der Krise der Nachkriegsordnung und speziell in der Legitimations- und Wachstumskrise des Industriekapitalismus der 1970er-Jahre (13). Denn seit den 1970er-Jahren zielten laut Streeck alle größeren wirtschaftspolitischen Weichenstellungen und staatlichen Reformmaßnahmen letztlich nur auf ein Ziel ab: die chronische Wachstumskrise des westlichen (Industrie-)Kapitalismus zu überspielen und allen beteiligten Akteuren – Staaten, Politikern, Bevölkerungen, Konsumenten, Wirtschaftsunternehmen und Investoren – weitestgehend den Eindruck der Normalität der kurzen goldenen Wachstumsjahre der Nachkriegszeit zu bewahren und damit letztlich immer wieder aufs Neue im wahrsten Sinne des Wortes »Zeit zu kaufen«: zunächst mittels Inflation (1970er-Jahre), dann durch Staatsverschuldung (1980er-Jahre) sowie durch Expansion der priva-

ten Kreditmärkte (1990er-Jahre) und schließlich durch Ankauf von Staats- und Bankschulden durch Zentralbanken (heute) (vgl. 15). In direktem Bezug zu Polanyi begreift Streeck die heutige Fiskal- und Wirtschaftskrise schließlich als Ergebnis der radikalen Deregulierung der Märkte und als »Gegenbewegung« zum »Marktfanatismus« der vergangenen drei Jahrzehnte (238).

Der Faktor Zeit hat für Streeck, wie der Titel seines Buch ja bereits anzeigt, somit nicht nur eine zentrale heuristische Funktion, sondern bildet auch eine der zentralen Erklärungsfiguren zum Verständnis der aktuellen Krise(n). Denn was wäre, so die grundlegende Frage, die bei der Lektüre des Buches immer wieder anklingt und im Schlusskapital auch explizit in den Raum gestellt wird (vgl. 225f.), wenn es den professionellen Krisenbewältigern einmal nicht mehr gelingt, die chronische Wachstumskrise des westlichen Kapitalismus zu überspielen und die drohenden sozialen Spannungen, Konflikte und Verwerfungen aufzuhalten? Und: erleben wir diesen Moment vielleicht gerade jetzt, ohne es schon tatsächlich zu wissen und am eigenen Leibe zu spüren, geschweige denn wahrhaben zu wollen?

Wolfgang Streeck ist wissenschaftlich so redlich, die endgültige Beantwortung dieser Frage offenzulassen. Damit grenzt er sich wohltuend von den vielen Propheten und Marktschreibern in der aktuellen Krisen-debatte ab, die zumeist auf der Grundlage eines klar umrissenen Welt- und Menschenbildes immer schon wissen, was ist und was zu tun sei. Am Beispiel mancher Irrtümer der alten Frankfurter Krisentheorien macht Streeck eingangs auch deutlich, dass theoretische Annahmen immer auch daneben liegen können und ebenso die Vorhersagen, die aus theoretischen Annahmen abgeleitet werden. Denn Gesellschaft, so Streeck, vor allem auch gegen die übersteigerten Erklärungsansprüche der nomothetischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften gerichtet, spiele sich immer vor einer offenen Zukunft ab, weshalb sich Geschichte prinzipiell nicht vorhersagen lasse (10). Diese Einsicht veranlasst Streeck selbst jedoch nicht dazu, seinerseits auf klare Tendenzaussagen, Zuspitzungen und apodiktische Aussagen zu verzichten. Im Gegenteil: Streeck trägt seine Argumentation äußerst zwingend, häufig auch polemisch und auch sehr scharfzüngig vor. Er lässt keinen Zweifel daran, dass er seine »historische Narration« (26) für die richtige Deutung hält und dass er die wirtschaftspolitischen Reformen der vergangenen Jahrzehnte, die er eingehend beschreibt, insbesondere die Deregulierung seit den 1980er-Jahren und die Einführung des Euro, alles andere als gutheißt.

Es ist genau diese Klarheit in der Analyse und diese Unverblümtheit in der normativen Einschätzung der dargestellten Sachverhalte, von der meiner Ansicht nach zunächst eine große Faszination bei der Lektüre des Buches ausgehen. Endlich, so denkt man (zumindest spreche ich hier für mich), traut sich einmal Jemand aus der etablierten Sozialwissenschaft aus der Deckung (und wer könnte die etablierte Sozialwissenschaft denn mehr vertreten als ein Direktor eines Max-Planck-Instituts?), präsentiert eine klare, schonungslose Analyse der gegenwärtigen Zustände und nimmt darüber hinaus kein Blatt vor den Mund. Und in der Tat, Streecks pointierte Analyse liest sich in vielen Teilen gerade auch angesichts ihrer klaren Zuspitzung absolut erhellend: Angefangen bei der Kritik der planungs- und industriefixierten keynesianistischen Nachkriegsmodernisierung und den »Denkfehlern« der damaligen Kapitalismuskritik (Kap. II); über die Ana-

lyse des radikalen Umbaus von Staat und Gesellschaft im Geiste ultraliberaler Deregulierungsphantasien und die damit verbundene Verwandlung des bisherigen, auf Solidarität und Gemeinwohlorientierung basierenden »Steuerstaates« in einen »Schuldenstaat« (Kap. III); bis hin zur Darstellung des neuen, heute allgegenwärtigen Paradigmas des »Konsolidierungsstaats«, das die Politik mit seinem Credo aus Haushaltskonsolidierung, Spardiktat und Strukturanpassung in seinen Klauen hält – jedoch nicht im Interesse des Gemeinwohls, sondern hauptsächlich im Interesse der Kapitalgeber und global vernetzten Finanzindustrie (Kap. IV).

Abgesehen von mancher Polemik, die sich Streeck in seiner einseitigen Zuspitzung einfach hätte sparen können – etwa die besondere Erwähnung der Frauen als besonders euphorische Anhängerinnen der neuen flexibilisierten Arbeitswelt (vgl. insbes. 42f. und 60) – beinhaltet sein Buch durchaus einige sehr erhellende Passagen und Gedankengänge, die es lohnt, eingehender zu diskutieren. Dies ist zum Einen Streecks These eines Klassenkampfes mit umgedrehten Vorzeichen, die Streeck den alten Frankfurter Krisentheorien entgegen hält: »Nicht die Massen waren es, die dem Kapitalismus der Nachkriegszeit die Gefolgschaft versagten und ihm dadurch ein Ende setzten, sondern das Kapital in Gestalt seiner Organisationen, Organisatoren und Eigentümer« (41). Diese These, die aus Sicht neuerer neomarxistischer Ansätze zwar eher wenig überraschend erscheint, ist in ihrer politischen Sprengkraft jedoch nicht zu unterschätzen. Fängt man einmal an, die Entwicklungen und Machtverschiebungen der vergangenen Jahrzehnte als Klassenkampf »von oben« zu begreifen, werden viele wirtschaftspolitische Reformen und Akzentverschiebungen aus dem Deckmantel des Sachzwangs und der wirtschaftspolitischen »Vernunft« enthoben und erscheinen ebenso eindeutig als interessengeleitet wie etwa die Forderungen von Gewerkschaften nach geregelten Arbeitszeiten und vernünftigen Löhnen. Streeck greift dabei auch auf die analytische Figur einer Dichotomie von »Staatsvolk« vs. »Marktvolk« zurück, um auf die zunehmende Asymmetrie zwischen einer weitgehend nationalstaatlich verfassten »Bürger-«/»Wählerschaft« und zunehmend global orientierten »Investoren« und »Gläubigern« zu verweisen (vgl. 121).

Bemerkenswert ist des Weiteren Streecks Interpretation der marktradikalen Umdeutung und der entsprechenden Umgestaltung des Steuerstaates in einen Schuldenstaat (79-140). Nicht der Sozialstaat sei zu teuer geworden; nicht der Hunger einer sozialstaatlich verwöhnten Bevölkerung nach immer mehr Vergünstigungen und Sozialleistungen, wie von staats- und interventionskritischen Kreisen gerne betont behauptet wird, sei schuld an der zunehmenden Ver- und Überschuldung der Staaten, sondern die parallel zum Aufstieg des Marktliberalismus sinkende Steuermoral (insbesondere die Steuerflucht von größeren, international agierenden Unternehmen und einer wachsenden Zahl von Kapitalbesitzern). Der Staat habe, so Streeck, kein Ausgaben-, sondern vor allem ein Einnahmeproblem, das seit den 1980er-Jahren immer mehr durch die Aufnahme von Krediten kaschiert werde. Und dem wachsenden Bedarf von Staaten nach Krediten entspreche, so Streeck, ein riesiges und immer stärker wachsendes Interesse von Kapitalgebern nach möglichst sicheren und gewinnbringenden Kapitalanlagen. Eine Liaison, die auf den ersten Blick betrachtet zunächst als gewinnbringend für beide Seiten erschien; jedoch auch ein Teufelskreis, der Staaten immer mehr in die Abhängigkeit von Kapitalge-

bern (Banken und Investoren) bringt und über den Zinsmechanismus eine immense Umverteilung nach oben in Gang gesetzt sowie zur Entmachtung nationalstaatlicher Politik unter dem Diktat der Konsolidierung geführt hat.

Kritik der europäischen Integration und eines Europas der Technokraten

Streecks Analyse der Transformation des Steuerstaats und der Herausbildung des neuen Leitbilds der Haushaltskonsolidierung sind meiner Ansicht nach die besten und erhellendsten Passagen seines Buches. Interessant und trotz ihrer polemischen Zuspitzung lesenswert ist ferner auch Streecks Kritik der Europäischen Integration der vergangenen zwei bis drei Jahrzehnte und seine scharfe Zurückweisung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Die Wirtschafts- und Währungsunion zementiert nach Ansicht von Streeck die Etablierung eines weitgehend entdemokratisierten und überwiegend technokratisch regierten »Konsolidierungsstaates« Hayekscher Prägung, der die Entwicklung Europas und die Lebensbedingungen der Bevölkerung in Europa in den kommenden Jahren entscheidend prägen und tiefgreifend verändern wird. Überhaupt kann Streeck wenig Gutes an der real existierenden Europäischen Union erkennen. So sieht er die europäische Integration in erster Linie als ein großes wirtschaftsliberales Umgestaltungsprojekt an, als eine große »Liberalisierungsmaschine« (141ff.), die einzig und allein dem Ziel einer möglichst umfassenden Durchsetzung marktschaffender Prinzipien dient und auf eine möglichst weitgehende Vereinheitlichung und Standardisierung aller Lebensbedingungen abzielt.

Auch diese These ist alles andere als neu und auch nicht überraschend, lassen sich die Ziele der europäischen Integration doch bereits in den Gründungsverträgen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von 1957 nachlesen. Auch wird die These einer zunehmenden Deregulierung der europäischen Wohlfahrtsstaaten ohne Schaffung eines adäquaten Ersatzes im gesamteuropäischen Rahmen schon seit Langem in den Europawissenschaften in Deutschland diskutiert – wenn auch nicht in dieser einseitigen Zuspitzung auf das Schlagwort einer »Neoliberalisierung« (vgl. Münch/Büttner 2006; Bach 2008; Münch 2008). Dennoch ist Streecks pointierte Kritik der real existierenden Europäischen Union in mindestens zwei Hinsichten beachtenswert: Dies ist zum einen seine Kritik des ausgeprägten technokratischen Charakters des europäischen Integrationsprojekts und des technokratisch-modernistischen Weltverständnisses seiner »Trägerschichten« – Streeck selbst bevorzugt hier eher den Begriff der »Klasse«:

»Fester Bestandteil des Weltverständnisses der politisch-ökonomischen Klasse und Ariadnefaden ihres Handelns ist ein unerschütterlicher Glaube an die Durchregierbarkeit Europas – oder zumindest eine unerschütterliche Entschlossenheit, einen solchen Glauben laufend zu bekennen, um sich selbst und andere in ihm zu bestärken.« (213)

Wolfgang Streeck sieht hier eine Kontinuität von der keyensianistischen Planungseuphorie der Nachkriegszeit hin zu einem emphatischen Rationalisierungs- und Steuerungsei-

fer der marktliberalen Modernisierer (vgl. dazu auch: Büttner 2012). Und erneut in explizitem Bezug zu Polanyi weist Streeck schließlich auch darauf hin, dass die gezielte Schaffung von Märkten entgegen der landläufigen Meinung üblicherweise nicht weniger, sondern mehr zentrale Planung und Steuerung bedeutet, weil eine »marktgerechte« und »marktfügsame« Welt nicht einfach gegeben sei, sondern immer erst künstlich hergestellt, planvoll gestaltet und mit Macht durchgesetzt werden muss (vgl. 249f.). Eine Polanyische Lektion, die heute so aktuell ist wie vor über 200 Jahren im England des frühen Industriezeitalters.

Streeck stellt darüber hinaus auch die Wachstumsstrategie der real existierenden Europäischen Union und das bisherige Entwicklungsmodell »Europäische Integration« insgesamt in Frage, das im Wesentlichen auf den Prinzipien des Freihandels und der Integration von immer mehr Ländern in einen gemeinsamen Binnenmarkt fußt:

»Heute ist klar, dass die EU sich schon in den 1980er Jahren mit ihrem Vorhaben einer Pazifizierung des Mittelmeerraums durch eurokapitalistische Modernisierung übernommen hatte und dass das Versprechen sozialer und politischer Konvergenz durch wirtschaftliches Wachstum, enthalten in dem Programm einer gleichzeitigen Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union, nicht einzulösen war.« (201)

Wolfgang Streeck kann somit insgesamt wenig Positives an den Politiken und den vorherrschenden Institutionen der heutigen Europäischen Union erkennen. Die Wirtschafts- und Währungsunion hält er für fatal, die bisherige Integrations- und Erweiterungsstrategie prinzipiell für verfehlt und weitgehend gescheitert und auch hinsichtlich der Wirksamkeit der EU-Strukturpolitiken und der EU-Regionalförderung meldet er grundsätzliche Bedenken an (vgl. 187ff.). Damit reiht sich Streeck in die immer größer werdende Reihe von akademischen Euroskeptikern und Kritikern der heutigen EU ein (vgl. z.B. Haller 2009 und Scharpf 2012). Es verwundert zwar, dass diese Skepsis und deutliche Ablehnung der aktuellen EU-Politik von Streeck und Kollegen erst heute, also erst nach dem Offenbarwerden der institutionellen Schwächen der Währungsunion, so deutlich vorgetragen werden. Dennoch sind die Skepsis und die Kritik der aktuellen, real existierenden EU angesichts einer wachsenden Entkopplung der Ziele und Maßnahmen der Entwicklungsstrategien der Europäischen Union von den realen Entwicklungen nicht unberechtigt und angesichts der neuen Regeln zur Kontrolle der Haushaltspolitik auch dringend notwendig (vgl. Joerges 2012). Diese Kritik sollte nur den nach wie vor großen Beitrag nationaler Regierungen und von mächtigen, nicht zuletzt auch »national« aufgestellten, Interessensverbänden auf die Entscheidungen in »Brüssel« nicht unterschlagen (vgl. Menasse 2012).

Eine fulminante Erzählung, die aber auch Skepsis hervorruft

Dies führt nun unmittelbar zur Darstellung der skeptischeren Einschätzungen des Buches, die sich bei der Lektüre von »Gekaufte Zeit« ebenso einstellen wie die emphatisch zustimmenden. Ein Unbehagen, das sich bei der Lektüre des Buches relativ schnell ein-

stellt, betrifft die an vielen Stellen doch ziemlich stark zugespitzte und stilisierte Art der Darstellung. Denn die Klarheit und Eindringlichkeit der Analyse, die man zunächst gerade ob ihrer Klarheit und Eindringlichkeit schätzt, verliert sehr schnell an Überzeugungskraft, wenn die Polemik allzu stilisiert und stereotyp daherkommt. Da ist die Rede vom »steinreichen Hedgefonds-Manager« (217) und von »den Brüsseler Technokraten« (141ff.), von »Experten« in den »Chefetagen«, denen »sinkende Löhne und Sozialleistungen« am »unteren Rand« der Gesellschaft gegenüberstehen und so fort. Da wird die Welt »transnational-kapitalistisch zugerichtet« und in Europa herrscht mittlerweile eine »wirtschaftlich entmachtete Postdemokratie« (225ff.). Obendrein werde die Welt und insbesondere auch Europa beherrscht von einem kleinen Netzwerk aus Managern und Ex-Managern von Goldman Sachs (siehe Draghi, Monti etc.) sowie einigen wenigen weiteren global agierenden Finanzjongleuren. All dies mag zutreffen – und ich bin Wolfgang Streeck für manche Fußnote mit äußerst erhellenden und auch empörenden Details zu den Machenschaften von Goldman Sachs und anderen einflussreichen, zumeist im Verborgenen agierenden, Playern wirklich sehr dankbar. Aber die Art der Zuspitzung gibt auch Anlass zur Skepsis. Von Barrington Moore stammt der berühmte Satz, dass die »herrschenden Gruppen« ein großes Interesse daran hätten, dass die Art und Weise, wie die Gesellschaft funktioniere, im Verborgenen bliebe und deshalb alle Analysen, in denen »Wahrheit« gesagt werde, sehr häufig wie Bloßstellungen oder Kritik erschienen und eben nicht wie »objektive Feststellungen« (vgl. Moore 1974). Allerdings: Polemische Übertreibungen und stereotype Zuspitzungen erleichtern nicht unbedingt die Unterscheidung von »objektiven Tatsachen« und simplen »Bloßstellungen«.

Dies trifft zweitens auch auf meine Einschätzung der grundlegenden »Erzählung« des Buches zu, die Wolfgang Streeck seinen Leserinnen und Lesern anbietet. Streeck betont in der Einleitung seines Buches, dass er in seinen Analysen in theoretischer Hinsicht eher mit »leichtem Gepäck« reise und dass ihm Soziologie ohne Geschichten, Lokalkolorit und Platz für Exotisches schnell langweilige werde (vgl. 16f.). Dagegen ist zunächst nichts einzuwenden. Im Verlauf der Lektüre stellte sich jedoch sehr schnell das Gefühl ein, dass ein bisschen mehr »Theorie« bzw. ein bisschen mehr explizite theoretische Reflexion durchaus angebracht gewesen wären. Denn es ist ja nicht so, dass eine Arbeit, die weitgehend »theoriefrei« daherkommt, frei ist von theoretischen Vorannahmen und analytischen Vorfestlegungen; und natürlich ist auch Streecks empirische Analyse geprägt und durchtränkt von einer Reihe von begrifflichen Festlegungen und Vorannahmen. Er nimmt im Wesentlichen die großen Player des modernen Kapitalismus und der wirtschaftspolitischen Regulierung in den Blick; genauer gesagt, die üblichen Spielfelder und Spielfiguren der akteurszentrierten politischen Ökonomie: Staaten und staatliche Akteure wie Zentralbanken, machtvolle Gruppen und Akteure wie Parteien, Banken oder Lobbyisten sowie Klasseninteressen (Kapitalbesitzer und Lohnabhängige, die Oberen und die Unteren, das Marktvolk und das Staatsvolk etc.), die ihrerseits mehr und weniger stark durch Organisationen und Interessensverbände repräsentiert werden. So weit, so gut. Problematisch wird es meiner Ansicht nach vor allem dann, wenn all diesen vorgeannten Gruppen konstante Interessen und stereotype Handlungsweisen unterstellt werden. Und wenn in analytischer Hinsicht Antagonismen und Dichotomien behauptet

werden, die es in empirischer Hinsicht in dieser Form möglicherweise überhaupt nicht gibt – etwa die Widersprüche zwischen einem »Staatsvolk« und einem »Marktvolk«, die vielleicht weniger stark sind als von Streeck angenommen. Man denke hier nur an die Mittelschichten, einer der wichtigsten sozialstrukturellen Gruppen hochindustrialisierter Gesellschaften, die in keine der beiden Kategorien so eindeutig zu passen scheinen und die in Wolfgang Streecks Narration so gut wie überhaupt nicht vorkommen.

Der Kalte Krieg und 1989 als eine neue »Stunde Null« – eine alternative Narration

Wie oben ausgeführt halte ich die Grundidee des Buches und die These von der »gekauften Zeit« prinzipiell für eine originelle und erhellende Deutung der Krise des gegenwärtigen westlichen Kapitalismus. Womit ich allerdings meine Schwierigkeiten habe, ist die Hängung der Erzählung und ihre fehlende Verortung in Raum und Zeit – eine Forschungsperspektive und Analysestrategie, für die sich Streeck, wie eingangs erläutert, ja eigentlich explizit stark macht. Seine eigene Erzählung, sein eigener Plot, fällt hingegen weit hinter seinem selbst formulierten Anspruch zurück. Denn man erfährt kaum etwas über die Beweggründe der handelnden Personen und die Zwänge ihrer Zeit. Was könnten denn die entscheidenden Gründe für die relative Stabilität in der Nachkriegszeit gewesen sein? Welche entscheidenden Kontextbedingungen könnten denn noch zum Siegeszug des »Neoliberalismus« in den 1980er-Jahren beigetragen haben – außer dass machtvolle Kapitalisten den impliziten »Gesellschaftsvertrag« zwischen Kapital und Arbeit gebrochen und sich an den Umbau der Gesellschaft nach ihrem Gusto gemacht haben? – Dabei müsste einem doch sofort der alles beherrschende Wettstreit zweier völlig gegensätzlicher Gesellschaftsformationen und Entwicklungsutopien in den Sinn kommen, der »Kalte Krieg« mit seiner Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Kommunismus, der Europa von 1945 bis 1989 fundamental prägte. Kann es nicht sein, dass das, was Wolfgang Streeck als relativ stabile Ordnung im Westeuropa der Nachkriegszeit ansieht und als »goldenes Zeitalter« nationalstaatlich eingegerter Demokratie und Solidarität, in Wirklichkeit auch schon eine »erkaufte« Ordnung war? Nämlich eine Ordnung, die nicht nur auf einer starken Binnensolidarität beruhte, sondern vor allem auch auf der wechselseitigen Solidarität und Verpflichtung der westlichen Staatengemeinschaft – also auf der Bereitschaft, sich gegenseitig zu stützen und zu unterstützen, sei es, sich billiges Geld zu leihen oder sich wechselseitig Konsumgüter abzukaufen (vom Marshall-Plan ganz zu schweigen). Und ordnete sich »das Kapital« in dieser Phase nicht gerade wegen der günstigen Rahmenbedingungen für Absatz und Produktion und wegen der politischen Großwetterlage zunächst bereitwillig in den nationalstaatlichen Ordnungsrahmen ein? Die erste Wachstumskrise des westlichen Industriekapitalismus und dessen anschließende Legitimationskrise löste schließlich ein großes Unbehagen bei den Regierungen und Wirtschaftsführern der westlichen Welt aus. Das bisherige vermeintliche »Erfolgsmodell« keynesianistischer Wirtschaftspolitik wurde auf den Prüfstand gestellt. Die anschließende Phase der Neoliberalisierung sollte daher nicht nur, wie Streeck glau-

ben machen möchte, als Bruch des Gesellschaftsvertrags der Nachkriegsordnung auf Seiten der Kapitalinteressen verstanden werden, sondern als eine Phase der gezielten Entfesselung und Mobilisierung der Marktkräfte zur Überwindung der Krise des Industriekapitalismus im Zeichen des Wettkampfs der Systeme (vgl. Altvater/Mahnkopf 1999; Boyer/Saillard 2002; Deppe 2006).

Ich möchte die Darstellung dieser alternativen Erzählung hier nicht unnötig ausweiten. Ich denke aber, dass ich anhand des kleinen Abstechers zum »Plot« des Kalten Kriegs zeigen konnte, dass Streecks »historische Narration« auch ganz anders erzählt werden könnte und welche Aspekte in einer hauptsächlich auf Klasseninteressen und -antagonismen rekurrierenden Erzählung systematisch unterbelichtet bleiben oder schlichtweg ins falsche Licht gerückt werden. Die Bedeutung des Wegfalls der bipolaren Weltordnung und des Falls des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 können meines Erachtens in ihrem Einfluss auf die nachfolgende Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zur Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2007 – und vor allem auch im Hinblick auf die Veränderung bestehender Loyalitäts- und Solidaritätsbeziehungen – nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wenn das Ende des Bretton-Woods-Systems Anfang der 1970er-Jahre das Ende der Nachkriegsordnung einläutete, besiegelte 1989 schließlich das endgültige Ende der Nachkriegsordnung. Neue Bündnisse wurden möglich, alte Loyalitätsbeziehungen wurden gelockert. Der Prozess der europäischen Integration seit den 1990er-Jahren ist das beste Beispiel dafür, ein anderes Beispiel ist die Veränderung der transatlantischen Beziehungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten.

Noch mehr Polanyi wagen! Die Grenzen einer nationalstaatlich fixierten Klassenanalyse

Mein letzter Einwand bezieht sich ebenfalls auf die analytische Hängung und die Stoßrichtung der Argumentation. Ich bin zwar selbst kein glühender Verfechter des in den vergangenen Jahren stark in Mode gekommenen Vorwurfs des »methodologischen Nationalismus« (Beck). Aber ich muss zugeben, dass mich genau dieser Vorwurf während der gesamten Lektüre des Buches begleitet hat. Denn was ist die Analyse von Streeck denn sonst, wenn nicht systematisch am Rahmen und am Bild des Nationalstaats bzw. am Vorbild des demokratisch verfassten Wohlfahrtsstaats mitteleuropäischer Prägung orientiert – und zwar sowohl in der analytischen Ausrichtung, als auch in der normativen Einschätzung seiner empirischen Beobachtung? Auch dagegen ist zunächst nichts einzuwenden. Denn Wolfgang Streeck geht es ja in normativer Hinsicht gerade – und daraus macht er keinen Hehl – um die Verteidigung der demokratischen Mitbestimmungsrechte des überwiegend nationalstaatlich verfassten »Staatsvolks« gegenüber einem weitgehend orts- und gesichtslosen sowie transnational frei flotierenden »Marktvolls« und dessen Institutionen. Problematisch wird es jedoch auch hier, wenn die vermeintliche Idylle der nationalstaatlich verfassten Nachkriegsordnung allzu stereotyp-idyllisch gezeichnet und aufgrund dessen alles Andere entweder als »böse« (etwa die »transnationalen Kapitalisten«) oder als »defizitär« (die EU) betrachtet wird. Ich möchte hier jedoch zu

bedenken geben, dass auch die westlichen Demokratien der Nachkriegszeit kein Hort demokratischer Beteiligung und Mitbestimmung waren. Und auch wenn früher die Wechselwähler weniger und die Wahlbeteiligung vielleicht etwas höher gewesen sein mögen, dann nicht zwangsläufig als Ausdruck einer lebendigeren politischen Kultur. Worauf ich hinaus will, ist nicht die Relativierung der heutigen Herausforderungen der Demokratie durch das Paradigma der Konsolidierung und durch das Diktat der Märkte. Ich folge Wolfgang Streeck in seiner Einschätzung der Probleme und Herausforderungen unserer Zeit und vor allem auch hinsichtlich dessen, was auf dem Spiel steht. Aber ich bin nicht bereit zu akzeptieren, dass mit einem Zurück zu mehr nationaler Selbstbestimmung die Probleme und Herausforderungen unserer Zeit gelöst werden, nicht in einer derart vernetzten und technologisch immer rasanter zusammenwachsenden Welt. Es ist wichtig anzuerkennen, dass es auch hier unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten und unterschiedliche Maßstäbe für die Einschätzung desselben Sachverhalts gibt. Denn ich bezweifle gerade auch im Anschluss an Polanyi, ob wir jemals in einer Zeit gelebt haben, in der der »Kapitalismus« tatsächlich »demokratisch« verfasst war und in der Staaten und Bevölkerungen jemals frei waren von zwischenstaatlichen Vereinbarungen sowie von den Profitinteressen der »Hochfinanz« (Siehe dazu insbesondere den »Ersten Teil« von *Great Transformation* (Polany 1995 [1944]: 17-55)).

Ich möchte es bei der Auflistung dieser Kritikpunkte belassen und abschließend noch einmal deutlich hervorheben, dass ich Wolfgang Streecks »Gekaufte Zeit« trotz aller Kritik für eine interessante, anregende und wichtige sozialwissenschaftliche »Intervention« halte – allein schon deshalb, weil es diese Intervention überhaupt gibt. Wolfgang Streeck analysiert und benennt einige sehr problematische politische Entwicklungen unserer Zeit und bietet eine interessante historische Erzählung an, die Einiges zur Erklärung und zum Verständnis der aktuellen Malaise beiträgt. Streecks Intervention ist meiner Ansicht nach auch deshalb interessant, weil er an die Tradition der historischen politischen Ökonomie von Karl Polanyi anschließt und auf dessen Schultern ganz klar und deutlich auf den utopischen Gehalt und die bedenklichen praktischen Auswirkungen des marktradikalen Wirtschaftsliberalismus hinweist. Es ist zu hoffen, dass Streecks Buch dazu beiträgt, die politische Diskussion über die Grenzen des Wachstums und die praktischen Auswirkungen des Marktradikalismus weiter zu befeuern. In wissenschaftlicher Hinsicht ist zu hoffen, dass das Buch dazu beiträgt, die Polanyische Tradition der politischen Soziologie des modernen Kapitalismus und der historisch-soziologischen Analyse des Wirtschaftens wiederzubeleben – und zwar weit über die bisherigen Diskussionen der »Varieties of Capitalism« und der sozialen Grundlagen von Märkten hinaus.

Literatur

- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1999): *Die Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik* in der Weltgesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bach, Maurizio (2008): *Europa Ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der Europäischen Integration*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Boyer, Robert/Saillard, Yves (Hg.) (2002): *Régulation Theory. The state of the art*. London, New York: Routledge.
- Büttner, Sebastian M. (2012): *Mobilizing Regions, Mobilizing Europe. Expert knowledge and scientific planning in European regional development*. New York: Routledge.
- Deppe, Frank (2006): *Politisches Denken im Kalten Krieg. Teil 1: Die Konfrontation der Systeme*. Hamburg: VSA.
- Haller, Max (2009): *Die Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums?* Wiesbaden: VS Verlag.
- Joerges, Christian (2012): »Recht und Politik in der Krise Europas. Die Wirkungsgeschichte einer verunglückten Konfiguration«. In: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 66(11), S. 1013-1024.
- Ménasse, Robert (2012): *Der europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas*. Wien: Zsolnay Verlag.
- Moore, Barrington (1974): *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münch, Richard (2008): *Die Konstruktion der europäischen Gesellschaft. Zur Dialektik von transnationaler Integration und nationaler Desintegration*. Frankfurt/Main/New York: Campus.
- Münch, Richard; Büttner, Sebastian (2006): »Die europäische Teilung der Arbeit: Was können wir von Emile Durkheim lernen?« In: Heidenreich, Martin (Hg.): *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse*. Frankfurt am Main: Campus, S. 65-107.
- Polanyi, Karl (1995/1944): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. 3. Auflage. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Sarrazin, Thilo (1999): *Der Euro – Chance oder Abenteuer?* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Sarrazin Thilo (2012): *Europa braucht den Euro nicht. Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat*. München: DVA.
- Scharpf, Fritz W. (2012): »Rettet Europa vor dem Euro!«. In: *Berliner Republik* 2/2012, S. 52-61.

Anschrift:

Dr. Sebastian Büttner
Institut für Soziologie
Universität Erlangen-Nürnberg
Kochstr. 4
91054 Erlangen
sebastian.buettner@fau.de